



Jusos Sachsen
Devrientstraße 7
01067 Dresden
jusos.sachsen@spd.de

Jusos Leipzig
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21
04103 Leipzig
hallo@jusos-leipzig.de

Leipzig, 01. Juni 2023

PRESSEMITTEILUNG

Gegen Repressionen – Für die Versammlungsfreiheit!

Der heutige Donnerstag (01.06.) war gezeichnet von Schikanen durch die Polizei bei der Demonstration zum Tag der Jugend und durch die Versammlungsbehörde der Stadt Leipzig mit dem Verbot der "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!"-Demonstration.

Die Jusos Leipzig, Jusos Sachsen und Irena Rudolph-Kokot kritisieren diesen repressiven Auftritt von Stadt und Polizei.

Dazu erklärt **Mats Rudolph, Vorsitzender der Jusos Leipzig**: "Die Polizei zeigte auf der Demonstration zum Tag der Jugend, dass sie offenbar die nächsten Tage auf Eskalation setzt. Wir verurteilen dieses aggressive Auftreten. Dass die Landtagsabgeordnete Juliane Nagel auf einer friedlichen Demonstration im Schmerzgriff abgeführt wurde, ist eine Missachtung der parlamentarischen Immunität und ein fatales Zeichen für linken Protest in Leipzig. Wir erklären uns solidarisch mit ihr und allen anderen, die mit Repressionen überzogen wurden."

Mareike Engel, Co-Vorsitzende der Jusos Sachsen, ergänzt: "Außerdem üben wir scharfe Kritik an dem Verbot der Solidaritäts-Demo am Samstag durch die Leipziger Versammlungsbehörde unter Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal, Die Linke. Nach der Allgemeinverfügung vom Dienstag, ist dies der nächste Schritt, um linke Kritik am Urteil im sogenannten 'Antifa-Ost-Verfahren' zu erschweren. Das öffentliche Sicherheitsinteresse wiegt schwer, doch muss die im Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit erst recht gelten, wenn Kritik am Handeln des Rechtsstaats geübt wird."

Abschließend erklärt **Irena Rudolph-Kokot, stellv. Bundesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt in der SPD**: "Wir fordern die Polizei Sachsen auf, unverzüglich ihre Einsatztaktik zu ändern und auf Deeskalation zu setzen. Die Versammlungsbehörde

der Stadt Leipzig sei daran erinnert, dass sie dem Grundgesetz verpflichtet ist und Versammlungen zu ermöglichen hat. Die Sicherheitsorgane haben den weiteren Verlauf des Wochenendes in der Hand.“